

Nachrichten

Mitgliederzeitung der FDP.Die Liberalen für die Bezirke Winterthur und Andelfingen

Ausgabe 1/2020

Ausblick 2020

Dieter Kläy, Präsident FDP Winterthur



Die Bilanz der FDP Winterthur für das vergangene Jahr 2019 ist zufriedenstellend. Das Ziel eines zweiten Mandates im Kantonsrat ist erreicht worden. Allerdings gelang es der FDP Winterthur nicht, einen Sitz in den Nationalratswahlen zu erringen. Erfreulich ist, dass die FDP Winterthur über ein Dutzend jüngere Neumitglieder zählen darf, die 2019 der Partei beigetreten sind.

Nach einem intensiven Wahljahr 2019 wird 2020 im Fokus wichtiger Sachabstimmungen stehen. Bei den aktuellen Vorlagen steht immer die Frage im Zentrum, ob der Staat noch mehr regulieren soll oder nicht.

Auf Bundesebene steht am 9. Februar die Wohnbauförderung zur Diskussion. Eine **Volksinitiative des Mieterverbandes** fordert, dass künftig 10 Prozent aller neu gebauten Wohnungen durch gemeinnützige Wohnbauträger erstellt werden müssen. Sanierungen sollen zudem nicht zum Verlust von preisgünstigem Wohnraum führen. Für bezahlbare Wohnungen braucht es den Staat nicht. Die Forderungen des Mieterverbandes suggerieren, dass es zu

wenig bezahlbare Wohnungen gebe. Tatsächlich stehen aber gesamtschweizerisch rund 75'000 Wohnungen leer. Die Bundesverfassung kennt bereits einen Wohnbauförderungsartikel. Zusätzliche Planwirtschaft braucht es nicht.

Ebenfalls wichtig wird am 17. Mai die Abstimmung über die **Personenfreizügigkeit**. Eine Initiative der SVP will diese künden. Die FDP sagt Nein zu dieser Forderung. Die Personenfreizügigkeit und die bilateralen Verträge haben uns in den letzten Jahren viele Jobs und einen Wohlstandszuwachs gebracht.

Auf kantonaler Ebene stehen am 9. Februar vier wichtige Vorlagen zur Diskussion. Zwei entgegengesetzte Initiativen wollen die **Steuerattraktivität** im Kanton erhöhen. Die Forderungen der Juso zielen darauf ab, vermögende Steuerzahler noch mehr zu schröpfen, während dem das Konzept der Jungfreisinnigen hohe Einkommen entlasten und damit die Rahmenbedingungen für alle Einkommensklassen attraktiver gestalten will.

Zwar hat die FDP damals ein neues **Taxigesetz** im Kantonsrat angestossen. Das Ergebnis ist aber eine bürokratische Vorlage, die zudem neue Formen wie Uber verunmöglicht. Gerade zu ein Witz ist, dass Zürcher Anbieter von Limousinenfahrten, wozu auch Hotels, Fluggesellschaften und Transportdienstleister gehören, zusätzliche Bedingungen für eine Tätigkeit, für die sie heute keine kantonale Bewilligung benötigen, erfüllen müssten.

Die wichtigste kantonale Vorlage ist der **Rosengarten**. Die Rosengartenachse ist nicht nur ein Stadtzürcher Projekt, sondern ein kombiniertes Projekt für den öffentlichen und den motorisierten Verkehr von kantonaler Bedeutung. Im Einzugsgebiet des Rosengarten arbeiten rund 280'000 Personen, viele davon aus dem ganzen Kanton. Eine leistungsfähige Infrastruktur mit Tunnel und Ausbau des Tramnetzes ist notwendig.

Volksabstimmung vom 9. Februar 2020

Eidgenössische Vorlagen

Volksinitiative „Mehr bezahlbare Wohnungen“ Nein

Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung) Ja

Kantonale Vorlagen

Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen Nein

Rosengartentram und Rosengartentunnel
A. Gesetzesvorlage Ja
B. Kreditvorlage Ja

Steuerinitiativen
A. Volksinitiative für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen Nein
B. Volksinitiative „Mittelstandsinitiative – weniger Belastung für alle“ Ja
C. Stichfrage, falls beide Vorlagen angenommen werden: Mittelstandsinitiative

Inhalt Ausgabe 1/2020

Kantonale Vorlagen	2-4
Eidgenössische Vorlagen	4
Jungfreisinniger Rück- und Ausblick	5
Aus der FDP Winterthur	6
Veranstaltungshinweise	7-8

Volksabstimmung vom 9. Februar 2020

Dieter Kläy, Präsident FDP Winterthur

Kantonale Vorlagen

NEIN zum Taxigesetz

Mit dem neuen Gesetz über den Personen-transport mit Taxis und Limousinen (PTLG) soll das Taxi- und Limousinenwesen für den ganzen Kanton einheitlich geregelt werden. Der Kantonsrat hatte den Regierungsrat beauftragt, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die das Taxiwesen kantonal regelt, den freien Marktzugang sicherstellt und sich positiv auf die Qualität der Angebote auswirkt. Der entsprechende Gesetzesentwurf des Regierungsrates für ein Taxigesetz baute auf der heute geltenden Zuständigkeit der Gemeinden auf, legte aber für den ganzen Kanton einheitliche Anforderungen an die Bewilligungen fest. Der schlanke Vorschlag des Regierungsrates ging dem Kantonsrat zu wenig weit und wurde in zwei Punkten ergänzt: Die Vergabe der Bewilligungen und der Verwaltungsvollzug soll durch die kantonale Verwaltung erfolgen. Der Anwendungsbereich des Gesetzes wurde auf Limousinendienste ausgedehnt, worunter unter anderem Angebote zur Personenbeförderung des Unternehmens Uber fallen. Das nun zur Abstimmung gelangende Gesetz sieht für solche Dienste eine Meldepflicht sowie eine Pflicht zur Kennzeichnung der Fahrzeuge mit einer Plakette vor.

Aus Sicht der FDP ist das Taxigesetz innovationsfeindlich und stellt eine massive Überregulierung dar. Vermittlungsplattformen werden verhindert. Neue Transportformen sollen vorangetrieben und nicht ausgebremst werden. Die Kantonalpartei empfiehlt Nein.

JA zum Rosengartentram und -tunnel

Bis zu 56 000 Fahrzeuge befahren täglich die Rosengartenstrasse in Zürich, die eine der am stärksten befahrenen Strassen der Schweiz ist. Staus, Wartezeiten, Verkehrsüberlastungen und Beeinträchtigungen des öffentlichen Verkehrs gehören hier mitten in einem Wohngebiet seit Jahrzehnten zum Alltag. Auch die angrenzenden Wohngebiete sind übermässig Lärm- und Schadstoffemissionen ausgesetzt. Eine Weiterentwicklung der Quartiere ist nicht möglich. Das Gesamtprojekt Rosengartentram und Rosengartentunnel soll diese Situation nachhaltig verbessern, indem die Achse vom oberirdischen Strassenverkehr entlastet und der öffentliche Verkehr gestärkt wird. Regierungsrat und Kantonsrat haben

sich für ein Gesamtverkehrsprojekt Rosengartentram und Rosengartentunnel ausgesprochen. Das vorliegende Projekt verbessert dank einer sinnvollen Kombination von öffentlichem und motorisiertem Verkehr die Situation für die Bevölkerung im ganzen Kanton, wie auch für die ortsansässige Quartierbevölkerung. Das Projekt ist von kantonomer Bedeutung und verbindet neben den innerstädtischen Quartieren das Glatttal mit dem Limmattal. Gleichzeitig kann sich dank des Projekts Wipkingen endlich wie ein normales Quartier weiterentwickeln. Die FDP des Kantons Zürich empfiehlt die Annahme der Vorlage.

www.chance-rosengarten.ch

 Chance Rosengarten



Ja zur Mittelstandsinitiative

Die Mittelstandsinitiative der Jungfreisinnigen bezweckt, den Kanton Zürich im kantonalen Steuerwettbewerb besser zu positionieren. Niedrige und mittlere Einkommen sollen tiefer besteuert werden. Gleichzeitig sollen hohe Einkommen entlastet werden. Damit sollen die Rahmenbedingungen für alle Einkommensklassen attraktiver gestaltet werden. Das Steuersubstrat des Kantons Zürich soll nachhaltig gesichert werden. Die Delegierten der FDP des Kantons Zürich haben die Ja-Parole beschlossen.

Nein zur Entlastungsinitiative

Die Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen (Entlastungsinitiative)» verlangt eine Veränderung der Einkommenssteuertarife: Die tiefen und mittleren Einkommen bis rund 120 000 Franken sollen entlastet und die höheren Einkommen stärker belastet werden. Dazu will die Volksinitiative die Progression des Einkommenssteuertarifs verschärfen. Die höchste Progressionsstufe soll von 13 auf 17 Prozent angehoben werden. Dies würde bei hohen Einkommen zu Mehrbelastungen bei der Einkommenssteuer von bis zu rund 30 Prozent führen. Die FDP des Kantons Zürich lehnt eine Verschärfung der Progression des Einkommenssteuertarifs ab, da die steuerliche Attraktivität des Kantons Zürich für Steuerpflichtige mit hohen Einkommen stark beeinträchtigt würden.

WIR SIND NEUTRAL KLIMA-NEUTRAL

ROHNER SPILLER
DRUCKEN MIT FORMAT

ROHNER SPILLER AG
TECHNIKUMSTRASSE 74
8400 WINTERTHUR



Rohner Spiller – die erste komplett
klimaneutrale Digitaldruckerei in
der Region Winterthur.

Eine Chance für den Mittelstand

Gioia Porlezza, Vizepräsidentin JFW



Der Kanton und die Gemeinden des Kantons Zürich schreiben einen Überschuss von CHF 800 Millionen. Jährlich – und das in den vergangenen drei Jahren. Die Politik würde sagen: Eine schöne Zahl, ein schönes Polster. Wir Jungfreisinnige finden: Wir zahlen zu viel Steuern und das massiv.

Wenn wir den Mittelstand betrachten, dann sieht es bezüglich Steuerbelastung eigentlich rosig aus: Der Kanton Zürich belegt im interkantonalen Vergleich diesbezüglich Spitzenplätze. Doch was oft vergessen wird: Die Lohnabgaben und Krankenkassenprämien steigen Jahr für Jahr. Weil der Mittelstand aufgrund seines relativ hohen durchschnittlichen Einkommens aber oft nicht mehr von Prämienverbilligungen oder anderen Leistungen vom Sozialstaat profitieren kann, hat er am Schluss meist nicht mehr im Portemonnaie als Personenkreise mit tiefen Einkommen.

Auch indirekt ist der Mittelstand unter Druck: Einkommensstarke Personen meiden aufgrund ihrer weiterhin hohen Besteuerung den

Kanton Zürich und lassen sich stattdessen in unseren Nachbarkantonen nieder, wo die Steuern überall – teilweise deutlich – tiefer sind! Dass dies nicht nur eine Behauptung ist, sondern auf Fakten basiert, zeigen die Daten aus den kantonalen Statistikämtern: Während in unserem Kanton die Anzahl Einkommensmillionäre trotz Bevölkerungswachstum stagniert, steigen sie rund um unseren Kanton teilweise stark an. Auf der einen Seite fehlen unserem Kanton so die entsprechenden Steuererträge, was die Belastung für den Mittelstand erhöht. Auf der anderen Seite fallen beispielsweise Infrastrukturkosten dennoch im Kanton Zürich an, weil diese Personen oft hier arbeiten. Und was tut unsere Politik?

Vor neun Jahren standen wir an einem ähnlichen Punkt wie heute. Damals wollten alle – der Regierungsrat, die bürgerlichen Parteien, die glp und die SP – die Bevölkerung um rund 800 Millionen Franken pro Jahr entlasten. Alle haben sie erkannt, dass der Kanton attraktive Steuern für alle bieten muss, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Um das «Wie» wurde aber gestritten: Der Regierungsrat und die bürgerlichen Parteien wollten neben tiefen Einkommen insbesondere die oberen Einkommen entlasten, weil der Kanton Zürich im interkantonalen Vergleich diesbezüglich im hinteren Drittel liegt. Die glp wollte mit ihrem Gegenvorschlag die oberen Einkommen etwas weniger stark entlasten und nur den höchsten Progressionssatz streichen (den sogenannten 13er) und die SP warb mit ihrem Vorschlag, statt die hohen Einkommen nur den Mittelstand zu entlasten.

Das Volk verwarf schliesslich alle Vorschläge

– den Regierungsratsvorschlag mit knapp 51 Prozent nur hauchdünn. Und seither ging nichts mehr. Entsprechend liegt der Kanton Zürich bezüglich Besteuerung von tiefen und hohen Einkommen weiterhin auf den hinteren Plätzen. Die kantonale Strategie, den Mittelstand unter Druck zu setzen und steuerkräftige Personen in die Nachbarkantone ziehen zu lassen, ist zum Scheitern verurteilt. Sie ist weder kurz- noch langfristig sinnvoll für unseren Kanton.

Wollen wir uns wirklich abhängen lassen und tatenlos zuschauen? Wollen wir den schwarzen Peter weiterhin zwischen den Parteien hin und her schieben, oder endlich das tun, was unseren Bürgerinnen und Bürgern nützt, nämlich, sie langfristig zu entlasten?

Die Lösung kommt nämlich bereits im Februar an die Urne: Die Mittelstandsinitiative. Die Jungfreisinnigen wollen mit ihrer Initiative alle steuerlich entlasten. Der Mittelstand profitiert so gleich doppelt. Weshalb? Einerseits durch die direkte Steuersenkung im Umfang von rund 15 Prozent und andererseits indirekt, indem der Kanton Zürich für hohe Einkommen wieder attraktiver wird, was die Steuereinnahmen erhöht.

Die Mittelstandsinitiative will die Steuerfreigrenze erhöhen, wobei tiefe Einkommen entlastet werden. Dank angepassten Progressionsstufen zahlt der Mittelstand weniger Steuern. Und mit einer Streichung der höchsten Progressionsstufe (13er) wird der Kanton Zürich für hohe Einkommen attraktiver. Die Steuererleichterungen sind gerade für den Mittelstand spürbar. So wird künftig eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen

Fortsetzung Seite 4

Auswirkungen der Mittelstandsinitiative auf die Einkommenssteuerbelastung (Kanton / Gemeinde / Kirche)

Wie viel spare ich?

(Am Beispiel einer in der Stadt Zürich wohnhaften natürlichen Person)

Steuerbares Einkommen in Franken	25'000	50'000	75'000	100'000	200'000
Ledige					
Entlastung in Franken	-350	-610	-810	-970	-1580
Entlastung in Prozent	-25%	-13%	-9%	-7%	-4%
Verheiratete					
Entlastung in Franken	-370	-740	-1150	-1330	-2240
Entlastung in Prozent	-58%	-23%	-17%	-12%	-7%

Fortsetzung von Seite 3

von 75'000 Franken rund 1'150 Franken weniger Steuern zahlen – pro Jahr.

Und das Beste daran: Wir brauchen, entgegen Behauptungen aus der Kantonspolitik, dafür kein Sparprogramm. Sie erinnern sich an den erwähnten, jährlichen Überschuss von 800 Mio., den unsere Gemeinden und der Kanton schreiben? Gemäss dem Regierungsrat ist mit Steuerausfällen für den Kanton von rund 350 Mio. Franken und für die Gemein-

den von gegen 400 Mio. Franken zu rechnen – insgesamt also rund 750 Mio. Franken. Eine Initiative also, die jeder Bürgerin und jedem Bürger, dem Mittelstand, Geringverdienenden und Vermögenden gleichsam etwas zurückgibt. Eigentlich ganz im Sinne von «für alle, statt für wenige»; Aber so, dass am Schluss mal niemand draufzahlt.

Der Kanton Zürich kann im Februar die Weichen stellen für eine bessere Positionierung im kantonalen Standortwettbewerb. Wir ha-

ben es in der Hand, ob wir Zürich zu einem attraktiveren Kanton machen wollen. Die Jungfreisinnigen wollen der planlosen und unattraktiven Steuerpolitik endlich ein Ende setzen und gehen mit einem durchdachten und nachhaltigen Vorschlag mutig voran: Wir hoffen deshalb auf rege Unterstützung aus den Reihen der FDP für ein geschlossenes JA zur Mittelstandsinitiative am 9. Februar!

www.mittelstandsinitiative.ch

Eidgenössische Vorlagen

Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)

Das Parlament hat beschlossen, die sogenannte Anti-Rassismus-Strafnorm zu erweitern, die heute vor Diskriminierung und Hass wegen der Rasse, Ethnie oder Religion schützt. Es hat sie um das Kriterium der sexuellen Orientierung ergänzt. Niemand darf wegen seiner Homo-, Hetero- oder Bisexualität diskriminiert werden. Das gehört zu den von der Bundesverfassung garantierten Grundrechten. Dennoch kommt es regelmässig vor, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung herabgewürdigt oder ihrer Rechte beraubt werden. Mit der erweiterten Strafnorm wird der Schutz vor Diskriminierung ausgebaut, ohne die Meinungsäusserungsfreiheit zu verletzen. Gegen diesen Beschluss hat ein Komitee mit Vertretern von

EDU, JSVP und div. weiteren Organisationen erfolgreich das Referendum ergriffen, weshalb die Vorlage am 9. Februar 2020 zur Abstimmung kommt.

Die FDP Schweiz empfiehlt ein Ja.

Nein zur Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Die Volksinitiative „Mehr bezahlbare Wohnungen“ des Mieterinnen- und Mieterverbands verfolgt das Ziel, das Angebot an preisgünstigem Wohnraum zu erhöhen. Zu diesem Zweck sieht die Initiative vor, Artikel 108 der Bundesverfassung zu ändern mit der Einführung einer starren 10%-Quote. Der Bund soll dafür sorgen, dass gesamtschweizerisch mindestens 10 Prozent der neu gebauten Wohnungen im Eigentum von Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbaus sind. Zudem soll der Anteil dieser Wohnungen am Gesamtwohnungsbestand stetig erhöht werden. Zudem soll ein unfaires Vorkaufsrecht für Bund und Kantone eingeführt werden. Kantone und Gemeinden sollen ein Vorkaufsrecht beim Verkauf von Grundstücken erhalten, die in

ihrer oder im Eigentum bundesnaher Betriebe sind (wie z.B. Grundstücke der SBB, Post usw.). Dabei geht es um ein enormes Volumen. Die SBB verwaltet beispielsweise 3'500 Gebäude, 800 davon sind Bahnhöfe, mit erzielten Mieteinnahmen von jährlich 480 Mio. CHF. Mit Annahme der Initiative kann sich der Staat ein enormes Potenzial an neuen Mieteinnahmen erschliessen, ohne dass Private die Chance bekommen, auch in den Markt einzusteigen. Drittens soll ein Verbot von Mieterhöhungen nach Teilsanierungen eingeführt werden. Vermieter, die ihre Häuser mit von Bund, Kantonen oder Gemeinden subventionierten Programmen energetisch sanieren, dürfen nach erfolgter Aufwertung keine Mieterhöhung vornehmen. Dies führt dazu, dass die Vermieter auf umweltschonendere Sanierungen verzichten. Die Initiative ist abzulehnen. Sie würde zu massiven Marktumwälzungen führen. Zudem braucht es keine Quoten und keine Teilverstaatlichung des Wohnungsmarktes. Auch Private sollen günstigen Wohnraum anbieten können.

HOFMANN Gartenbau



Ein Rundum-Gartenerlebnis für Sie?

Wir sind für Sie da.

Telefon 052 245 19 19, www.gartenbau.ch

Jungfreisinniger Rück- und Ausblick: Von Wahlen und Verantwortung

Raphael Perroulaz, Präsident Jungfreisinnige Winterthur und Gemeinderat FDP

Die Jungfreisinnigen Winterthur blicken auf ein sehr aktives und spannendes Jahr zurück. Viele interessante Begegnungen an unseren eigenen oder an weiteren Anlässen sowie auch die Reise in die rumänische Hauptstadt Bukarest haben uns sehr bereichert. Mit einem Nettowachstum von 24% können wir uns auch bei unseren Mitgliederzahlen nicht beklagen: 21 der heute rund 70 Mitglieder sind in diesem Jahr neu dazugekommen. 2019 war auch ein intensives Wahljahr, so traten wir mit drei Kandidierenden zu den Kantonsratswahlen im März an. Im Oktober waren wir mit sechs Personen auf der Nationalratsliste der Jungfreisinnigen vertreten, wobei unsere Vizepräsidentin Gioia Porlezza auf Platz 4 landete. Sie war wohl ebenfalls dafür verantwortlich, dass der höchste jungfreisinnige Wähleranteil auf Kantonsgebiet im Bezirk Winterthur erzielt werden konnte. Die

Gemeinde Schlatt kann mit 2.5% JF-Wähleranteil (FDP: 2.76%) schon beinahe als liberale Hochburg bezeichnet werden – für einen Sitz reichte das leider natürlich noch lange nicht. Über die Wahl von Andri Silberschmidt in den Nationalrat und unseren jungfreisinnigen Anteil daran haben wir uns ebenfalls sehr gefreut. Auch gefreut hat uns – und das soll nun keinesfalls selbstgefällig erscheinen! – mein «Nachrutschen» in den Winterthurer Gemeinderat. Vor allem aus jungfreisinniger Sicht ist dies erfreulich, da wir unsere Werte so aktiv in die Stadtpolitik einbringen können.

Im letzten Jahr hat besonders ein Thema die politische Landschaft dominiert: der Klimawandel. Die grünen Parteien konnten diesen Effekt für sich nutzen und stehen nun dafür direkt in der Verantwortung. Ob sie diese

wahrnehmen können, mag bezweifelt werden – zu gross ist ihre Sehnsucht nach einem sozialistischen Staatssystem – dem gemeinen Schweizer aber bis heute zum grossen Glück ein Graus. Es muss uns Liberalen aber eine Lehre sein, nicht bei jedem Wind gleich einzuknicken, sondern unsere inneren Werte weiterhin mit Überzeugung zu vertreten und auch zu verteidigen. Unsere Werte sind es, welche die Schweiz zu dem grossartigen Land gemacht haben, welches es heute ist – dies dürfen wir nicht vergessen. Man kann es jedoch auch pragmatisch sehen: Läuft es für unsere Politik schlechter, geht es dem Land dafür gerade besser. Wir werden also sehen, wie es dem Land in 4 Jahren mit grün-sozialistischer Politik ergangen ist... Anpassungen unseres Programms an die Zukunft und den Fortschritt sind elementar, aber der Zeitgeist ändert sich nun einmal nicht innerhalb eines Jahres. Unseren grundlegenden Werten treu zu bleiben wird der Schlüssel zum Erfolg sein. Diesen Schlüssel nehmen wir als Vorsatz ins neue Jahr.

Auch in naher Zukunft werden unsere liberalen Werte grösste Wichtigkeit haben. Die EURahmenabkommen oder die Altersvorsorge dienen hier nur als Stichworte. Auch in Winterthur droht vor allem die finanzielle Situation wieder in Schieflage zu geraten – die FDP-Fraktion wird dies mit Argusaugen beobachten.

Ich möchte hiermit der FDP Winterthur und Ihnen allen für die grossartige Unterstützung im vergangenen Jahr danken und wünsche Ihnen im Namen der JFW ein erfolgreiches Jahr 2020 – geniessen Sie es!



**IN DEN BESTEN
HÄNDEN FÜR
FAHRFREUDE.**

**HUTTER DYNAMICS AG
WINTERTHUR.**

Hutter Dynamics AG
Hegmattenstrasse 3
8404 Winterthur
Tel. 052 244 77 77
www.hutter-dynamics.ch



Neujahrsapéro im Zeichen des politischen Aufbruchs

200 FDP-Mitglieder und Gäste besuchten am 11. Januar 2020 den traditionellen Neujahrsapéro der FDP Winterthur. Im Zentrum stand diesmal die Stadtentwicklung. Peter Baki, Leiter Raumentwicklung der Stadt Winterthur, skizzierte mögliche Entwicklungen für die kommenden 25 Jahre. Bis 2040 wird die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner auf bis zu 140'000 wachsen.

Vizepräsidentin Carola Etter-Gick stellte den neuen Vorstand der FDP Frauen Winterthur vor. Die Co-Präsidentinnen Goia Porlezza und Elektra Langerweger werden ab Mai 2020 für ein vielseitiges Programm sorgen. Letztere stellte den Anwesenden die Renten-Initiative der Jungfreisinnigen Schweiz vor. Diese fordert das Rentenalter 66 für beide Geschlechter und eine anschliessende Kopplung an die Lebenserwartung. Das gesamte System soll so reformiert und entpolitisiert werden, damit die Renten nachhaltig gesichert sind. Der Neujahrsapéro wurde musikalisch von der Big Band des Konservatoriums Winterthur umrahmt.



Peter Baki und Dieter Kläy

Der neue Vorstand der FDP Frauen Winterthur stellt sich vor

Fotos Ulrich Wydler — www.wydlerfoto.ch

Personelles

Neu im Gemeinderat ist seit einigen Wochen **Raphael Perroulaz**. Er ersetzt **Carola Etter-Gick**, die sich aufs Kantonsratsmandat fokussiert. Perroulaz ist ausgebildeter Zeichner Architektur und studiert Architektur an der ZHAW. Seit 2018 ist er Präsident der Jungfreisinnigen Winterthur und nimmt neu auch in der städtischen Kunstkommission Einsitz.

Seit Beginn des Schuljahres 2019/2020 vertritt **Markus Wettstein** die FDP in der Kreisschulpflege Seen-Mattenbach. Er ersetzt **Beat Meier**, der nach mehrjährigem Engagement in der Kreisschulpflege Stadt-Töss als Vizepräsident und Seen-Mattenbach per Ende Schuljahr 2018/2019 seinen Rücktritt eingereicht hat.

Martin Kleiner vertritt neu als Delegierter die FDP Winterthur in der Kantonalpartei und in

der Bezirkspartei. Er ersetzt **Christoph Schläpfer**. **Severin Hosang** vertritt neu die FDP Winterthur als Delegierter in der Bezirkspartei. Er ersetzt **Matthias Etter**.

Den bisherigen Amtsträgern sei herzlich für ihre Arbeit gedankt. Den Nachrückenden wünschen wir viel Erfolg und Befriedigung im neuen Amt.

Veranstaltungen

**PODIUM ZUR
ALTERSVORSORGE**

16. April 2020, 19:30



Turnhalle Dinhard
Welsikerstrasse, 8474 Dinhard

Öffentlicher Anlass


FDP
 Die Liberalen


Jungfreisinnige
 Winterthur


SP
 Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Liebe Freisinnige

Auf dem Sorgenbarometer der Schweizer Bevölkerung steht die Altersvorsorge ganz oben. Aber wird sie auch mit dieser Priorität von der Politik behandelt?

Die Altersvorsorge muss in dieser Legislatur zum Flaggschiff der FDP und des Jungfreisinns werden: Wir sollten uns als jene Vordenker hervorheben, die mit griffigen und vor allem nachhaltigen Lösungen eine ernsthafte Sicherung der AHV-Renten erreichen wollen. Die Jungfreisinnigen lancierten dazu Ihre erste Volksinitiative, die «Renteninitiative». Sie fordert eine Erhöhung, sowie Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau, zusammen mit einer Kopplung an die Lebenserwartung für eine zukünftige Entpolitisierung. Das Thema Altersvorsorge ist bereits an erster Stelle für die Schweizer Bevölkerung: Es muss nun auch omnipräsent werden in der FDP und in der Politik.

Es erwartet Sie ein spannendes Podium zwischen FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt und SP-Nationalrat Fabian Molina über die Zukunft der AHV. Wo stehen wir und wohin soll es gehen? Ein Thema, das uns alle – über Generationen hinweg – betrifft und beschäftigt. Die Veranstaltung ist öffentlich und wir freuen uns auf zahlreiches Erscheinen sowie spannende Diskussionen.

Save the date: **Donnerstag, 16. April 2020, 19:30 Uhr**

Wo:
Turnhalle Dinhard, Welsikerstrasse, 8474 Dinhard

Moderation:
Karin Weigelt, FDP St. Gallen

Eröffnungsreferat:
Patrick Eugster, Komitee Renteninitiative

Organisiert durch:
FDP Dinhard, Jungfreisinnige Winterthur und SP Nord

FDP Die Liberalen

FDP.Die Liberalen
Ortspartei Wiesendangen

Sonntagsbrunch

Datum: Sonntag, 22. März 2020, 09.30 bis 12.30 Uhr
Ort: Restaurant Löwen
 Dorfstrasse 49, 8542 Wiesendangen

Am 22. März 2020 findet der traditionelle Sonntagsbrunch der FDP Wiesendangen statt. Die Ortspartei freut sich, viele FDP-Mitglieder aus den Bezirken Winterthur und Andelfingen an unserem geselligen Anlass zu begrüssen. Ihre Angehörigen, Freunde und Bekannte sind am Sonntagsbrunch ebenso herzlich willkommen wie Interessenten und Interessentinnen der FDP.

Der reichhaltige Brunch inklusive Getränke kostet pauschal 35 Franken pro Erwachsener, 15 Franken pro Kind (Bezahlung vor Ort). Anmeldungen bitte bis am 15. März 2020 bei Bettina Huber, bettina.huber@wiesendangen.ch, 079 321 79 54.

Wir freuen uns auf Sie und einen gemütlichen Sonntagsbrunch in Wiesendangen.

*Bettina Huber, Gemeinderätin Wiesendangen
 Vorstand FDP Wiesendangen*

FDP Die Liberalen

FDP.Die Liberalen
Sektion Altstadt und Töss

Baustellen-Führung im Hauptbahnhof Winterthur: Personen- und Velounterführung im Bau

Datum: Samstag, 9. Mai 2020, vormittags

Momentan schreiten auf dem Areal des Hauptbahnhofs Winterthur grosse Bauarbeiten voran. Im Bau befinden sich eine erweiterte Personenunterführung und eine neue Velounterführung im Nordbereich des Bahnhofs. Gleichzeitig wird eine unterirdische Velostation realisiert. Eine Baustellen-Führung vermittelt einen Eindruck von den schwierigen Arbeiten unter laufendem Bahnbetrieb.

Die Einzelheiten zum Anlass werden in einem Flyer im Parteiversand von März 2020 enthalten sein.

Annelies Wehrli, Präsidentin der FDP Sektion Altstadt und Töss
 Felix Helg, Gemeinderat

Terminkalender

Datum	Zeit	Organisation	Anlass	Ort
13.02.20	19.30	JFW	Ein Bier mit Kantonsratspräsident Dieter Kläy	
22.03.20	9.30	FDP Wiesendangen	Brunch — Geselliges Beisammensein	Siehe Seite 7
08.04.20	18.00	FDP Winterthur	Parteiversammlung und Generalversammlung	Restaurant Strauss
16.04.20	19.30	JFW/FDP Dinhard	Podium zur Altersvorsorge mit den Nationalräten Andri Silberschmidt und Fabian Molina	Siehe Seite 7
09.05.20	Vormittag	FDP Altstadt/Töss	Baustellenbesichtigung Hauptbahnhof Winterthur	Siehe Seite 7
14.05.20	19.00	JFW	Generalversammlung	
26.06.-- 28.06.20		FDP Winterthur	Albanifest Königshof und Königsbar	
26.06.20		JFW	Albanifest-Stamm	FDP Königshof
01.09.20	19.30	FDP Winterthur	Parteiversammlung	Hotel Wartmann
13.10.20	19.30	FDP Winterthur	Parteiversammlung	Hotel Wartmann

Alle Termine immer aktuell unter: www.fdp-winterthur.ch



**Gerüstbau auf
höchstem Niveau**

Roth Gerüste AG
Allmendstrasse 22
8413 Neftenbach
Tel. 052 209 07 20
winterthur@rothgerueste.ch
www.rothgerueste.ch

roth gerüste
 wenn Schönes entsteht